

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilungsgeld mit Aufnahme der Com. und Zusage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch unsere Vertreter zugeteilt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen hierüber 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postkörbe sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 M. für die 6 gefüllte Zeile oder deren Raum, Restraum, die 2 spaltige Zeile 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechend Ermäßigung. Bestimmungen im amtlichen Teil (siehe unten) gelten für die Zeitungs- und Anzeigenblätter 3 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernimmt die Redaktion keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis ist erhöht, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Er erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöpping, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 212.

Sonnabend den 10. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Abrundung beim Steuerabzug.

Nach einem Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen ist der bei der Lohnzahlung einzubehaltende Steuerbetrag von jetzt ab auch bei wöchentlichen und monatlichen Lohnzahlungen, also nunmehr in allen Fällen, auf volle 10 Pfennig nach unten abzurunden. Die bisher bei Lohnzahlungen für eine Woche oder einen längeren Zeitraum vorgeschriebene Abrundung auf volle Mark nach unten ist nicht mehr statthaft.

Rossen, am 7. September 1921. Nr. 1392A 1.

Das Finanzamt.

Wegen Reinigung bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäudes

Montag den 12. und Dienstag den 13. d. M. geschlossen.

Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 8. September 1921.

5618

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Ministerpräsident Stegerwald hat programmatische Ausführungen über eine Politik der Mitte veröffentlicht.

* Die offiziellen Verhandlungen zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald und den Vertretern der alten Koalition über die Umbildung der preussischen Regierung haben am Donnerstag begonnen.

* Die Berliner Effektenbörse bleibt wegen des nicht mehr zu bewältigenden Andranges des Spekulantentums bis Montag geschlossen.

* Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Sprache im Elsaß am 1. Dezember aufhöre, im Verteilung zwischen Kommunalverwaltung und Landesbehörde Geltung zu haben.

* In Belgien entwickelten sich anlässlich der Anwesenheit des deutschen Gewerkschaftsführers Sassenbach durch deutschfeindliche Nationalisten Unruhen.

* Die in Inverness (Schottland) beratende englische Gesamtregierung beschloß, nochmals mit den Grenzführern über die Grenzfrage zu verhandeln.

Börsentaumel.

Von einem Wirtschaftspolitiker wird uns geschrieben: In unserer an ungewöhnlichen Erscheinungen wirklich nicht armen Zeit sind die Vorgänge, die sich jetzt Tag für Tag an den großen deutschen Börsen abspielen, wohl so ziemlich das ungewöhnlichste Schauspiel, das man sich denken kann. Wenn man von einem Börsentaumel spricht, so wird man damit den Tatsachen des Lebens kaum noch gerecht. Man muß sich vorstellen, daß die lebendigen Wälder in den Börsensälen nur ein kleiner Ausschnitt dessen sind, was hinter ihnen vorgeht. Denn wenn der Mechanismus der Börse früher, in normalen, ruhigen Zeiten von Hunderten von Auftraggebern, von Käufern und Verkäufern in Gang gehalten wurde, so sind es heute Tausende und aber Tausende, die in mündlichen und schriftlichen, in telephonischen und telegraphischen „Ordres“ Anteil an den fabelhaften Gewinnmöglichkeiten des Tages suchen. Wie die Wälder, die großen ebenso wie die mittleren und die kleinen, über die ungeheure Arbeitslast stöhnen, die ihnen aus allen Teilen des Publikums, aus allen Gegenden des Reiches zufließt, so wissen die beteiligten Post- und Telegraphenämter die Fülle der Bestellungen und Erledigungen gar nicht mehr zu bewältigen. Der Hochbetrieb überflutet alle Schranken, sprengt alle Zeitgrenzen und wirft alle Arbeitsträger aus dem Sattel, die für die Zwecke des Börsengeschäftes zur Verfügung stehen. Eine Bewegung, vor deren Elementargehalt die Börsenstände die Waffen strecken. Mühen bisher schon an der Berliner Börse drei Ruhetage in der Woche innegehalten werden, um eine auch nur annähernde Abwicklung des Nebenbetriebes zu ermöglichen, so mußte in dieser Woche überhaupt Schluss gemacht werden, und für die nächste Woche werden schon neue scharfe Einschränkungen des gesamten Börsenverkehrs angeordnet.

Für die ernste Geschäftswelt bedeutet dieser Zusammenbruch aller bisherigen Börsenregeln eine empfindliche Schädigung ihrer berechtigten Interessen; für das betrieblende Publikum eine schwere Enttäuschung, die aber kaum die dringend nötige Ernüchterung zur Folge haben wird. Hat sich schon nach einem Börsenruhetage die Masse der aufgeregten Geschäftsaufträge mit verdoppelter Wucht über die Börse ergossen, so ist nach vier erzwungenen Ruhetagen gar nicht abzusehen, was dann geschehen mag. Obwohl die Börsenbehörden schon seit Monaten sich mit der Frage beschäftigen, was hier zu tun sei, haben sie bisher keinerlei organische Abhilfe gefunden, sondern sind von einem Gewaltmittel zum anderen geschritten. Sichtlich in dem Bewußtsein, das Übel damit nicht weniger als mit der Wurzel auszurotten. Und wenn sie jetzt sogar vor einer vollen Bankrotterklärung nicht zurückschrecken, so liegt darin das Eingeständnis umhüllt, daß die Börse in diesem Fall sich selber nicht zu helfen vermag.

Wer aber kann es sonst, wenn nicht sie? Die Erfahrung, die wir hier vor uns haben, ist nur ein Symptom für die tiefe Erkrankung unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Schon der jährliche Aufstieg und der noch jährliche Absturz der sogenannten Weltkonzerne zeigten mehr als deutlich, wie breite Kreise des Publikums von dem ungeheuren Drang nach in höherer Bereicherung ergriffen sind. Keine nützliche Überlegung vermochte diese Gewinnsucht einzudämmen, von sittlichen Erwägungen ganz zu schweigen, denen zufolge nur die Arbeit Segen bringen kann. Der Sturm auf die Börse geht im Grunde

nur auf die gleichen Ursachen zurück, und je mehr die Kaufkraft der Reichsmark sinkt, desto wilder strebt alles danach, diesen sinkenden Wertmesser in widerstandsfähigeren Papierbesitz umzutauschen. Die Wechselerscheinung zwischen „schwacher Mark“ und „festen Devisen“ ist nachgerade jedem Menschen so geläufig geworden, daß sich weitere Auslassungen darüber erübrigen. Sollte man den beteiligten Kreisen mit ernsthaften Vorstellungen gegen das Treiben kommen, von dem sie sich mitreißen lassen, man würde ausgelacht und abgeschüttelt werden. Sittliche Vorstellungen haben keinen Einfluß mehr, und ob das Staatsganzes, Volkswirtschaft und Finanzkraft des Reiches darunter leiden oder nicht, rührt kaum eine menschliche Seele. Der Staat ringt um seine Existenz. Jeder Augenblick droht ihn zu verschlingen. Zahlreiche Einzelbürger von heute aber denken nur an ihren Vorteil und kennen nur den einen Wunsch, ihre Lebenshaltung zu behaupten, oder, wenn möglich, zu verbessern. Daß es auch anders kommen kann, daß ein furchtbarer Rückschlag in der Vorpostenkonjunktur nur noch größeres Wirtschaftselend im Gefolge haben muß, als wir jetzt schon zu beklagen haben, das ist eine theoretische Erkenntnis, der gegenüber dem stürmischen Drang nach Wohlleben und leichtem Gewinn jede Besserungskraft verjagt ist. Nur von Tatsachen läßt man sich heute noch belehren — nach uns die Einstufung!

Also die Börse kann nicht helfen, und Staat und Gesellschaft sind ohnmächtig wie sie. Wir müssen, so scheint es wenigstens, auch in dieser Beziehung hindurch durch abgründige Verelendung, ehe die Profittierigen wieder zur Besinnung kommen. Trostlose Aussichten, ganz gewiß; aber wer es mit der Wahrheit hält, kann zu keinem anderen Urteil gelangen.

Vor der Verständigung.

Die bayerische Delegation in Berlin.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayerischen Regierung sind am Mittwoch und Donnerstag in langwierigen Beratungen durchgeführt worden. Wenn auch ein endgültiges Ergebnis dabei nicht erzielt werden konnte, da die Abordnung erst in München Bericht erstatten muß, so glaubt man doch, daß die Berliner Besprechungen einem Kompromiß die Wege ebnen. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß sowohl bei der Reichsregierung als auch bei der bayerischen Regierung

der feste Wille zur Verständigung

herrscht, obwohl sich die Verhandlungen besonders im Anfang ziemlich schwierig gestalteten, da in einigen Punkten weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden. Man versucht nun, auf dem Wege einer Änderung in der „Handhabung“ des Belagerungszustandes (also nicht in bezug auf dessen verfassungsmäßige Grundlagen) einander näher zu kommen. Man würde dabei den Belagerungszustand in Bayern formell noch weiter anerkennen, sich aber mit der Reichsregierung über eine solche Handhabung der Ausnahmeverordnungen einigen, die jeden Schein einer einseitigen Anwendung (nur gegen die Linksparteien) beseitigen würde.

Neben diesen Besprechungen fanden gleichzeitig Beratungen des Kabinetts und des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien statt, da besonders von sozialdemokratischer Seite sehr energisch darauf gedrängt wird, die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reiches in vollem Umfange zu wahren, während die andern Koalitionsparteien mildernd eingreifen suchen und den bayerischen Sonderbedürfnissen entgegenkommen möchten. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen gehen in dieser Frage Hand in Hand und hatten

gemeinsame Besprechungen mit dem Kanzler,

in denen sie betonten, daß eine Landesregierung nur im Falle dringender Gefahr den „vorläufigen“ Belagerungszustand verhängen dürfe, daß aber Bayern nicht berechtigt sei, ihn so lange aufrechtzuerhalten. Die Vertreter beider Parteien stehen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Reichssozialisten gerichtete Charakter der Verordnung nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwischt und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter betonten demgegenüber die Notwendigkeit, die Verordnung im Bedarfsfalle gleichmäßig nach beiden Seiten anzuwenden.

Der bayerische Standpunkt

wird dadurch festgelegt, daß die Münchener Regierung verlangt, der Ausnahmezustand in Bayern dürfe nicht von

Reichs wegen aufgehoben werden und zweitens, daß weitere Verbote gegen rechtsstehende Organe unterbleiben und daß insbesondere das Verbot gegen die Münchener Augsburgische Abendzeitung, deren Chefredakteur der deutsch-nationale Pfarrer Traub ist, außer Kraft gesetzt wird. Die bayerische Regierung ist der Meinung, daß der bayerische Ausnahmezustand wenigstens bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben muß, angesichts der offensichtlichlichen Säugung im Volke, die durch die bevorstehende neue Feuerungsquelle sicherlich noch gesteigert werde. Ferner will die bayerische Regierung niemals irgend einem Ausnahmegesetz ihre Zustimmung geben, das nicht gleichmäßig gegenüber aller Parteien zur Anwendung kommt. Mit Nachdruck aber wird von bayerischer Seite betont, daß man nichts tun wolle, was sich nicht mit unverbrüchlicher Treue zum Reiche vereinbaren läßt.

Ein wichtiger Fortschritt.

Die Koalitionsparteien haben der Reichsregierung ihre Zustimmung zu den Vorschlägen und Zugeständnissen an Bayern erteilt, die für die Aufhebung des Belagerungszustandes gegeben wurden. Die bayerische Delegation ist am Donnerstagabend mit den vom Reichskabinet formulierten Vorschlägen nach München zurückgefahren.

Die weiteren Verhandlungen werden nicht wie bisher durch eine bayerische Delegation geführt werden, sondern man wird zwischen München und Berlin direkt verhandeln.

Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Um 30 Prozent für Personen und Güter.

Nach Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium rechtsfertige die bisherige Verkehrsminister die Hoffnung, daß die Jahreserinnahmen der Reichseisenbahnen für 1921 den Staatsanschlag erreichen und die Jahresausgaben den Staatsanschlag nicht überschreiten würden. Die Feuerung hat eine wesentliche Veränderung der bisherigen Verhältnisse hervorgerufen. Die nötig gewordene Heraufsetzung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie die Preissteigerung wichtiger Bau- und Betriebsstoffe verursacht einen Mehraufwand, der auf rund 7 Milliarden Mark zu schätzen ist. In Deduktion dieser Mehrausgaben müssen sofort Maßregeln ergriffen werden. Ein Ausgleich durch Sparmaßnahmen ist nur in geringem Umfange möglich. Es muß daher eine Steigerung der Einnahmen und eine Tarifierhöhung im Güter- und Personenverkehr erstrebt werden, die durchschnittlich 30 Prozent betragen soll.

Der Reichsverkehrsminister ist im Reichskabinet ermächtigt worden, wegen einer solchen Tarifierhöhung mit den in Betracht kommenden Stellen in Verhandlungen zu treten. Er hat bereits die händige Tarifkommission mit der Erhaltung eines Gutachten bis Mitte dieses Monats beauftragt. Zu diesem Gutachten soll Ende September der bis zur Schaffung eines Reichseisenbahntarifs vorläufig gebildete Sachverständigenausschuß Stellung nehmen. Bei der Kürze der Zeit werden die Tarifmaßnahmen im Wege eines rohen Aufschlages durchgeführt werden müssen. Die neuen Tarife sollen womöglich im Güterverkehr ab 1. November und im Personenverkehr ab 1. Dezember Geltung erhalten.

Für eine Politik der Mitte!

Stegerwalds Einigungsprogramm.

In diesen Tagen der hochgespannten innerpolitischen Erregung verdient eine ebenso maßvolle wie weißbärende Äußerung des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald besondere Beachtung, der es unternimmt, aus der Verwirrung der vom Parteienstreit getriebenen politischen Meinungen und Wünschen das Notwendige und Mögliche in den Vordergrund zu rücken und damit zur Beruhigung und Klärung beizutragen. Er äußerte sich in der von ihm begründeten Zeitung über die innerpolitische Lage folgendermaßen:

Die Sozialdemokratie kämpft für eine Verstärkung der Linken, während Zentrum und Demokraten sich gegen eine Herbeiführung der Mitte einsetzen. Ich glaube nicht, daß in Deutschland die Entscheidungsschlüsse zwischen Rechts und Links schon gekommen ist. Ich halte vielmehr für das nächste Nabrecht eine starke Mitte für eine deutsche Lebens-